

## Der Staaten-Banken-Staaten-Klüngel

**BZ-GASTBEITRAG: Lüder Gerken kritisiert die Privilegien, die sich die Staaten für Staatskrediten auch zukünftig einräumen wollen**

Die Schuldenkrise ist nicht ausgestanden; das Schlimmste dürfte uns sogar erst noch bevorstehen. Wie konnte es so weit kommen? Und wer hat sie zu verantworten? Viele weisen – zu Recht – auf die Überschuldung der Staaten hin. Unsere Politiker aber schieben die Schuld auf die Banken. Die hätten über Jahre zu viele und zu riskante Kredite vergeben; dies bedrohe jetzt ihre Existenz, so dass die Politik sie retten müsse. Auch das ist wahr – und dennoch ein perfides Argument. Denn eine zentrale Ursache der Krise liegt darin, dass die Banken und die Politik jahrelang einträchtig Hand in Hand gearbeitet haben, zum gegenseitigen Vorteil.

Um zu verstehen, was getrieben wurde, muss man sich das klassische Bankgeschäft vor Augen führen: Banken nehmen Geld von Sparern entgegen und verleihen es an Kreditnehmer. Wenn alles gut läuft, zahlen die Kreditnehmer ihre Kredite zurück, so dass die Bank das Geld an die Sparer auszahlen kann. Doch wenn es nicht gut läuft, gehen Kreditnehmer in Konkurs und können daher ihre Kredite nicht zurückzahlen. Das Geld ist weg. Das interessiert die Sparer aber wenig; die wollen ihr Geld wiedersehen.

Um für solche Fälle gerüstet zu sein, benötigt die Bank eine Reserve, aus der sie die Sparer auch dann auszahlen kann, wenn Kredite ausfallen. Diese Reserve ist

ihr Eigenkapital. Solange die Bank Eigenkapital hat, kann sie Kreditausfälle verkraften. Wenn das Eigenkapital aufgezehrt wird, weil viele Kredite auf einmal ausfallen, geht auch die Bank in Konkurs. Dann ist auch das Geld der Sparer weg.

Um dies möglichst auszuschließen, ist gesetzlich vorgeschrieben, wie viel Eigenkapital die Banken für Kredite reservieren müssen. Im Fachjargon heißt dieses Gesetz „Basel II“, weil es in Basel verhandelt wurde und das zweite Gesetz seiner Art ist. Es enthält ein kompliziertes System nach dem Prinzip: Je höher das Kreditrisiko ist, desto mehr Eigenkapital muss die Bank vorhalten.

„Basel II“ zwingt die Banken, sich genau zu überlegen, an wen sie Kredite vergeben. Denn sie haben nur eine bestimmte Menge Eigenkapital, und die begrenzt das Kreditvergabevolumen. Eigentlich ein vernünftiges System, oder?

Es gibt da allerdings eine ganz merkwürdige Ausnahme: Euro-Staaten erhalten, so das Gesetz, eine „Risikogewichtung von null Prozent“. Das heißt: Für Kredite an diese Staaten wird das Kon-

kursrisiko wegdefiniert, so dass die Banken für sie kein Eigenkapital vorhalten müssen.

Ach! Was ist denn mit Griechenland? Was läuft derzeit in Portugal und Italien ab? Was war mit Russland 1998, Argentinien 2001, Indonesien 2002, Venezuela 2004, Ecuador 2008? Staaten können nicht in Konkurs gehen?

Die Ausnahmeregelung hat tolle Folgen. Da die Banken kein Eigenkapital für Staatskredite vorhalten müssen, sind diese billiger. Die Staaten zahlen weniger Zinsen als andere Schuldner.

Und: Das vom Eigenkapitalbestand abhängige Kreditvergabevolumen der Banken wird durch Staatskredite nicht geschmälert, steht also in vollem Umfang für andere Kredite zur Verfügung. Für die Banken sind die Zinszahlungen des Staates insoweit also ein lukratives Zubrot, das sie natürlich gerne mitnehmen.

Ein wahrhaft perfides Spiel der Politiker: Wohl wissend, dass sie seit Jahren eine immer höhere Staatsverschuldung aufbauen und dafür auf Kredite angewiesen sind, haben sie dafür gesorgt, dass diese

Kredite möglichst billig und uneingeschränkt zu haben sind.

Die Politiker schreiben die Spielregeln für die Kreditvergabe der Banken vor – und nehmen die eigenen Staatskredite von diesen Regeln aus. Das ist so, wie wenn bei einem Fußballspiel die eine Mannschaft die Regeln bestimmen darf und in ihnen festlegt, dass diese Regeln für sie selbst nicht gelten.

Angeichts der Finanzkrise hatten die Politiker vollmundig Reformen angekündigt, die die Banken verpflichten, für Kredite mehr Eigenkapital vorzuhalten. Diese Reformen wurden jetzt unter dem Namen „Basel III“ vorgestellt. Tatsächlich soll das Eigenkapital, das für Kredite vorzuhalten ist, deutlich aufgestockt und die Banken so krisenfester gemacht werden.

Aber was sagt „Basel III“ zu den Staatskrediten? Auch in Zukunft soll für die Euro-Staaten eine „Risikogewichtung von null Prozent“ gelten. Wider besseres Wissen wird also das Konkursrisiko weiterhin schlichtweg geleugnet. Bitte keine Störung der staatlichen Schuldenparty! Ausbaden werden das die Sparer und die Steuerzahler dann, wenn das ganze System zusammenbricht.

– Lüder Gerken ist Vorsitzender der Stiftung Ordnungspolitik und des Centrums für Europäische Politik.



Lüder Gerken